



Genf 1938: Frontisten mit dem Hitlergruss vor dem Feldzeichen der Schweizer Armee. Photopress Archiv/Keystone

Leerplan an Schweizer Schulen

Die Deutschschweiz wundert sich über Antisemitismus und schiebt ihn wahlweise den Rechten, den Linken oder doch den Migranten in die Schuhe. Wo er keine Rolle spielt: in der Bildung. Das ist politisch gewollt.

Von Bernhard C. Schär, 08.04.2024

Auch in der Deutschschweiz findet zurzeit eine hitzige Debatte über Antisemitismus statt. Konsens besteht darin, dass er inakzeptabel und zu bekämpfen ist. In diesem Geist nahm der Nationalrat am 7. März eine Motion für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an. Wo sich die Geister scheiden, ist bei der Frage nach Ursache und Verantwortung.

Die Linke wittert sie bei der Rechten. Die Rechte bis weit in die gesellschaftliche Mitte ortet sie wahlweise bei muslimischen Minderheiten, bei «woken» Kolonialismusforschenden an Universitäten oder bei der wohl

kleinsten Newsorganisation des Landes: der postmigrantischen Onlineplattform «Baba News».

Der Antisemitismusbegriff droht dabei jegliche Schärfe zu verlieren.

Bezeichnete er ursprünglich Hass, Gewalt gegen und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres selbst oder fremd zugeschriebenen Jüdischseins, gelten seit jüngerem in manchen Kreisen selbst jüdische Stimmen als antisemitisch, die Israels Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht in Gaza kritisieren.

Antisemitismus und Rassismus lassen sich nur mit klarem Begriff und selbstkritischer Sicht auf ihre Geschichte bekämpfen. Wie jede menschenverachtende Einstellung braucht auch Antisemitismus ein gesellschaftliches Umfeld, das ihn zumindest toleriert oder ignoriert. Und hier existiert in der Schweiz in der Tat parteiübergreifend ein Problem.

Zum Autor

Bernhard C. Schär ist Historiker. Er hat seit 2022 eine befristete Professur an der Universität Lausanne im Rahmen des «Eccellenza»-Programms des Schweizerischen Nationalfonds. 2015 erschien von ihm das Buch «Tropenliebe. Schweizer Naturforscher und niederländischer Imperialismus in Südostasien um 1900», ein Grundlagenwerk für die neuere globalgeschichtliche Analyse der Schweiz. Für die Republik schrieb er zuletzt über die Geschichte von Ibu Silla.

Das Schweigen der Schulen

Jugendliche werden in erster Linie zu Hause sozialisiert. Und natürlich haben auch Freunde und Bekannte aus analogen wie digitalen Räumen mit zunehmendem Alter viel Einfluss. Aber der wichtigste Ort für die Sozialisierung von Jugendlichen ausserhalb der Familie ist die Institution, in der sie am meisten Zeit verbringen: die obligatorische Volksschule.

Antisemitismus ist in der Volksschule allerdings fast kein Thema. Im Lehrplan 21 taucht der Begriff auf über 530 Seiten nur ein einziges Mal auf. Er spielt keine analytische Rolle, sondern dient nur als Stichwort in einem untergeordneten Teilbereich des Unterrichts zu Religionen, Ethik und Kulturen auf der Sekundarstufe. Der Begriff des Rassismus fehlt im Lehrplan vollständig.

Das steht in starkem Kontrast zur gesellschaftlichen Realität, in der Kinder und Jugendliche aufwachsen. Wie eine resümierende Grundlagenstudie zu strukturellem Rassismus im Dezember 2022 festgehalten hat, ist Antisemitismus eine von vielen Formen von Rassismus in der Schweiz. Wie sich diese zueinander verhalten und oftmals gegeneinander ausgespielt werden, ist jedoch weitestgehend unbekannt. Zu lange wurde das Thema auch in der Forschung ignoriert. Erhärtet ist lediglich, dass sich unterschiedliche Spielarten des Rassismus in allen Bereichen des Lebens zeigen: vom Wohnungs- und Arbeitsmarkt bis zum Sozial- und Gesundheitswesen, bei Polizei und Justiz bis hin zu Bildung, Medien, Politik, Behörden, Kultur und Alltag.

Die obligatorische Volksschule ignoriert diese Realitäten jedoch fast vollständig.

Nicht nur lässt sie damit Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler, die Antisemitismus und Rassismus in ihrem Unterricht thematisieren möchten, weitgehend allein. Sie schafft für engagierte Lehrpersonen und Lernende zusätzliche Hürden. Dies ist das Ergebnis der ersten umfassenden Analyse von Schweizer Schulbüchern durch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus.

Sie bemühen sich meist, ein diverses, heterogenes und pluralistisches Bild der Gesellschaft zu vermitteln und eine pluralistische Schülerschaft anzusprechen. Diese Absicht wird jedoch doppelt unterwandert.

Zum einen schweigen sich Schulbücher – dem Lehrplan 21 folgend – über Antisemitismus und andere Formen von Rassismus aus. Falls sie dies doch thematisieren, dann als vermeintlich klar isolierbares Problem innerhalb rechtsextremer Minderheiten. Damit bedienen sie einseitig das Interesse jener Teile der Mehrheitsgesellschaft, die diese Themen lieber ignorieren oder externalisieren. Minderheiten, die darauf angewiesen wären, dass Schulen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen als gesamtgesellschaftliches und parteiübergreifendes Phänomen zum Gegenstand kritischen Lernens machen, werden demgegenüber benachteiligt.

Zum anderen reproduzieren Schweizer Schulbücher (wenn auch subtil) Bilder, die Minderheiten entweder abwerten oder dazu nutzen, um das Selbstbild der Mehrheitsgesellschaft aufzuwerten. So werden jüdische und andere Minderheiten wie etwa Jenische, Sinti, Roma oder sichtbar muslimische oder nicht weisse Menschen vorwiegend als Opfer historischer Gewalt thematisiert. Und dies oft in verallgemeinernder und entindividualisierender Weise. Konkrete Individuen oder gesellschaftliche Vorbilder wie Feuerwehrfrauen oder Ärzte werden demgegenüber fast ausschliesslich als Menschen aus der weissen Mehrheitsgesellschaft dargestellt.

Entweder Opfer oder Token

In einigen Schulbüchern tauchen Minderheiten zwar als Mitglieder eines «diversen» schweizerischen oder europäischen «Wir» auf. Dieses «Wir» wird aber als konfliktfrei und egalitär dargestellt und verschweigt damit strukturell rassistische und andere Ungleichheiten innerhalb der schweizerischen oder europäischen Gesellschaft.

Hinzu kommt, dass sogenannte «fremde Kulturen» ausserhalb meist als homogen, anonym, «traditionell» oder als Opfer von Armut und Gewalt thematisiert werden, die angeblich keinen Bezug zur Schweiz oder Europa hätten.

Mit anderen Worten: Die unausgesprochene Meistererzählung der schweizerischen Volksschulen reduziert jüdische und andere Minderheiten im Wesentlichen auf zwei Rollen: auf Opfer oder sogenannte Tokens, die der schweizerischen Mehrheitsgesellschaft dazu dienen, sich als friedfertiges, diverses, modernes «Wir hier» abzuheben von traditionellen oder bedauerenswerten «Fremden dort».

Ein solches Narrativ ist gemäss neueren Rassismustheorien selbst eine Form von strukturellem Rassismus. Anstatt hierarchische Differenz zwischen «uns» und den «anderen» aufzulösen, konfiguriert es sie lediglich neu.

Und anstatt engagierte Lehrpersonen und ihre Schülerinnen und Schüler beim kritischen Lehren und Lernen zu unterstützen, schaffen die aktuellen Schulbücher eher zusätzliche Probleme.

Dieses Narrativ, das der pädagogischen Kultur in der Schweiz zugrunde liegt, fiel nicht vom Himmel, sondern hat eine Geschichte. Und die hat nichts mit Migrantinnen oder «woken» Wissenschaftlern zu tun.

Wie die SVP eine Debatte über Antisemitismus verhinderte

Das Narrativ stammt aus einer Zeit, die politisch und medial ähnlich aufgeladen war wie heute: den frühen 2000er-Jahren. Eine vom Bundesrat eingesetzte internationale Kommission von Historikerinnen und Historikern – nach ihrem Präsidenten Jean-François Bergier meist Bergier-Kommission genannt – hatte gerade ihren Schlussbericht und zahlreiche Einzelstudien publiziert. Auf über 11'000 Seiten zeichneten diese minutiös nach, wie der schweizerische Finanzplatz, die Wirtschaft, der Kunstmarkt sowie die damalige Flüchtlingspolitik in die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands verwickelt waren.



St. Margrethen, April 1945: Flüchtlinge warten am Grenzposten auf die Erlaubnis, in die Schweiz zu kommen. Vielleicht hatten sie Glück, 1942 war die Grenze für sie für einige Zeit komplett geschlossen. Dölf Meier/Photopress-Archiv/Keystone

Eine der zentralen Befunde der Bergier-Kommission lautete: Insbesondere unter den schweizerischen Entscheidungseliten habe eine spezifische Form von Antisemitismus bestanden. Dieser Antisemitismus motivierte die unnötig restriktive Flüchtlingspolitik der Schweiz und die Schliessung der Schweizer Grenzen gegenüber jüdischen Flüchtlingen im Jahr 1942.

Die Befunde lösten eine heftige Debatte aus. Vielfach wurde gefordert, die Erkenntnisse für die Schulen und eine breitere Öffentlichkeit aufzuarbeiten. Dies geschah freilich nicht.

Insbesondere die SVP kritisierte die Arbeit der Historikerkommission praktisch von Anfang an und wehrte sich dagegen. Gemeinsam mit einer historisch desinteressierten Mitte gelang es der Rechten, eine vertiefte Reflexion über Geschichte und Gegenwart von Antisemitismus in der Schweiz im Keim zu ersticken.

Der Kanton Zürich versuchte zwar 2006, die Befunde der Bergier-Kommission für die Schulen zugänglich zu machen. Er gab ein Lehrmittel in Auftrag. Wiederum kritisierte die kantonale SVP dieses Unterfangen massiv – und mit Erfolg. Das Buch wurde als nicht obligatorisch deklariert, und als die zuständige sozialdemokratische Regierungsrätin es der Öffentlichkeit präsentierte, sprach sie nur noch ex negativo darüber. «Was das neue Lehrmittel nicht sein sollte und auch nicht geworden ist», sagte die Regierungsrätin: «Es ist weder eine blosse Zusammenfassung der Arbeiten der Unabhängigen Expertenkommission, noch ist es eine ‹offizielle› Geschichtsschreibung.»

Was das Lehrmittel – positiv formuliert – inhaltlich ist und sein sollte, blieb unausgesprochen.

Dieser Sprachgebrauch, der dazu diente, die SVP zu besänftigen, findet sich auch im Schulbuch. Dazu nur ein Beispiel: Das Buch betont drei Mal an prominenter Stelle, was nicht der Fall war: «Die Schweiz war für die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht verantwortlich.»

Gemäss den 11'000 Seiten der Bergier-Kommission trägt die Schweiz aber sehr wohl Verantwortung: für eine antisemitische Flüchtlingspolitik. Das erwähnt das Buch aber lediglich einmal an einer marginalen Stelle weit hinten.

Mehr Postkolonialismus, mehr Intersektionalität

In den Nullerjahren wurde auch der neue Lehrplan 21 erarbeitet. Er bildet die theoretische und weltanschauliche Grundlage für die meisten Schulbücher, die heute in Gebrauch sind. Die minimale oder gar nicht vorhandene Thematisierung von Antisemitismus und Rassismus ist das Ergebnis der typisch schweizerischen Kompromisskultur und Selbstzensur zu Lasten von Minderheiten, die von der Macht ausgeschlossen sind. Das hatte erhebliche Auswirkungen auf die schweizerische Gesellschaft, wie sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigten. Nicole Peter und Nicole Burgermeister führten zwischen 2007 und 2009 vertiefte Gespräche mit 20 Schweizer Familien aus allen politischen Lagern, Regionen und sozialen Milieus. Sie befragten jeweils Grosseltern, Eltern und Kinder zu ihren Erinnerungen und Vorstellungen über den Zweiten Weltkrieg. Nahezu alle der 72 befragten Personen hätten gerne gewusst, was die Historikerinnen genau herausgefunden hatten, und bedauerten, dass die wissenschaftlichen Bücher nicht zugänglich oder zu schwer verständlich waren.

In Unkenntnis der historischen Befunde war es für die Befragten kaum möglich, die historischen Erklärungen für die schweizerischen Verflechtungen im nationalsozialistisch beherrschten Europa zu verstehen.

Auch die von der Bergier-Kommission präsentierte Perspektivenverschiebung blieb wirkungslos, also die Geschichte nicht nur aus der Optik der schweizerischen Mehrheitsbevölkerung zu verstehen, sondern insbesondere auch aus der Perspektive fliehender Jüdinnen und Juden respektive der jüdischen Diaspora in der Schweiz.

Ohne die Befunde der Kommission zu kennen, war kaum Empathie mit den Opfern möglich. Stattdessen blieben die Diskussionen in den Familien abstrakt und moralistisch auf die Frage fokussiert, ob sich die Schweiz im Krieg «schuldig» gemacht habe oder nicht. Die historischen Erfahrungen und Perspektiven jüdischer Geflüchteter fanden somit kaum Eingang ins schweizerische Geschichtsbewusstsein.

Diese Einsichten aus der jüngeren sozialwissenschaftlichen Forschung führen zu einem paradoxen Befund auf zwei Ebenen.

Erstens: Es zeigt, dass das politisch gewollte Schweigen zu Antisemitismus und Rassismus die Volksschule nicht zum Teil der Lösung, sondern zum Teil des Problems macht. Sie lässt Lehrpersonen und ihre Schülerinnen und Schüler allein. Mehr noch: Das unausgesprochene pädagogische Skript der schweizerischen Volksschule reproduziert koloniale und ausschliessende Vorstellungen, statt sie kritisch zu reflektieren.

Zweitens: Es gibt in der Schweiz durchaus Fachleute, die die pädagogischen und diskursiven Leerstellen aufzeigen und füllen: Jüdische und Organisationen anderer Minderheiten, darunter auch die Online-Plattform «Baba News», bieten seit Jahren Workshops für Schulen an, die explizit auch Antisemitismus thematisieren und damit mehr tun, als in der Volksschule vorgesehen ist. An Universitäten und Fachhochschulen machen postkoloniale und feministische Forschende seit einigen Jahren deutlich, dass sich Diskriminierungen wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus nur intersektional verstehen lassen – also in ihrer komplexen Verwobenheit. Und dass sie sich nicht in ein Links-rechts-Schema pressen lassen.

Schule und Erziehung im 21. Jahrhundert brauchen deshalb nicht weniger, sondern mehr Postkolonialismus, Intersektionalität und Feminismus.

Doch genau diese Forschungszweige und postmigrantischen Newsorganisationen werden in jüngster Zeit als antisemitisch diffamiert. Und zwar ausgerechnet von jenen Kräften, die wortreich über linke Cancel-Culture klagen, jedoch jahrelang am Canceln der notwendigen Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus in Schule und Öffentlichkeit mitgewirkt haben.